

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 13. Juni 1951.

294/J

A n f r a g e

der Abg. Weikhart, Preussler, Gföller und  
Genossen

an die Bundesregierung,

betreffend Liquidation der Ausgleichskasse und Verfügung über die Überschüsse des Warenverkehrsbüros.

-.--.-

Am 7. März 1951 haben die anfragenden Abgeordneten an die Bundesregierung folgende Anfrage betreffend Liquidation der Warenausgleichskasse gerichtet:

"Ist der Herr Bundeskanzler bereit, namens der Bundesregierung ehestens einen Gesetzentwurf über die Liquidierung der Ausgleichskasse beim Warenverkehrsbüro, bzw. über die Verwendung der vorhandenen Geldmittel vorzulegen?"

Nach § 65 Abs. C der Geschäftsordnung kann "der Befragte mündlich oder schriftlich Antwort geben oder die Beantwortung mit Angabe von Gründen ablehnen". Die Verweigerung der Beantwortung einer Interpellation ist durch die Geschäftsordnung ausdrücklich ausgeschlossen.

Die gefertigten Abgeordneten bestehen daher auf Beantwortung ihrer vor mehr als zwei Monaten eingebrachten Interpellation und ergänzen diese gleichzeitig mit der Anfrage nach dem Verbleib der Überschüsse des Warenverkehrsbüros.

Sie richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehenden

A n f r a g e n :

1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, namens der Bundesregierung ehestens einen Gesetzentwurf über die Liquidierung der Ausgleichskasse beim Warenverkehrsbüro, bzw. über die Verwendung der vorhandenen Geldmittel vorzulegen?

2.) Wie hoch waren die Überschüsse des aufgelösten Warenverkehrsbüros, und für welche staatlichen Zwecke wurden sie verwendet?

-.--.-